Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. – Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 63.

Anzeigenpreis für die sechsgespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 10 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 15 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 40 Goldpfennige, amtliche Zeile 30 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1996

Nr. 145 — Dienstag, den 24. Juni 1924 — 19. Jahrgang

Der moralische Pakt von Chequers.

Von unserm Berliner Mitarbeiter.

Es ist allgemeiner Brauch, daß nach einer Zusammenkunft von Staatsoberhäuptern oder Regierungschefs die beflissenen offiziösen Federn in wohlstilisierten Erklärungen die vollständige Uebereinstimmung der Anschauungen, die sich bei den Unterredungen ergeben habe, und die daraus entspringende Uebereinstimmung der Ziele hervorheben. Obgleich der englische Ministerpräsident Macdonald ebenso wie sein französischer Kollege Herriot in ihr Programm eine Aenderung der bisherigen diplomatischen Methoden aufgenommen haben, ist man nach der Zusammenkunft dieser beiden Staatsmänner auf dem Landsitz der englischen Ministerpräsidenten von diesem Brauch nicht abgewichen. Wiederum sind die Zeitungen voll von Berichten über die Herzlichkeit und Aufrichtigkeit der Aussprache zwischen den beiden Staatslenkern und es fehlt nicht an schwungvollen Stimmungsbildern und pathetischen oder sentimentalen Einzelheiten, die den Berichten für das große Publikum Farbe und Eindruckskraft verleihen sollen. Dieses Mal hat man auch in den üblichen diplomatischen Wortschatz ein neu geprägtes Gebilde eingefügt, um die Beziehungen zu kennzeichnen, die auf Grund der Zusammenkunft von Chequers künftig zwischen den beiden Regierungschefs und ihren Ländern bestehen werden. Der französische Ministerpräsident hat das Wort gesprochen daß ein „moralischer Pakt beständiger Zusammenarbeit“ zwischen England und Frankreich abgeschlossen werden solle und Macdonald hat dieses Wort bereitwillig aufgenommen und sich zu eigen gemacht.

Bedeutet dieser von dem literarisch beschlagenen französischen Ministerpräsidenten geschaffene neue Ausdruck nur ebensoviel oder vielmehr ebensowenig, wie die anderen Redewendungen, hinter denen die zünftige Diplomatie ihre Gedanken zu verbergen pflegt? Wir möchten annehmen, daß in dem vorliegenden Falle doch etwas mehr hinter dieser schönklingenden Phrase zu suchen ist. Wir glauben dies umsomehr, als dieses Wort durchaus der politischen Lage und der Eigenart der beiden Staatsmänner entspricht. Die Zusammenkunft von Chequers war eine rein persönliche Fühlungnahme und es war von vornherein ausgeschlossen, daß dort irgendwelche endgültige Abmachungen materieller Art getroffen wurden. Denn England und Frankreich sind in dieser Beziehung ja an die Zustimmung der anderen Alliierten gebunden, die allerdings kaum ausbleiben dürfte, wenn beide Mächte sich vollkommen einig sind. Infolgedessen legt der Ausspruch des französischen Ministerpräsidenten auch den besonderen Nachdruck auf das Wort moralisch. Es sind keine Dokumente in Chequers unterzeichnet worden, keine Bündnisse abgeschlossen keine Militärkonventionen verabredet. Aber es ist dort offenbar festgestellt worden, daß die beiden führenden Politiker der Westmächte in den Grundanschauungen über die Erfordernisse der politischen Lage übereinstimmen. Beide glauben, daß die Schwierigkeiten Europas nur erfolgreich bekämpft werden können durch eine Politik der Zusammenarbeit der Nationen und der Einschränkung der Rüstungen, durch eine demokratische und friedensfreundliche Politik, die dem Völkerhaß und dem Militarismus den Boden entzieht und so die Grundlage für einen wirklichen Frieden in der Welt legt. Die beiden Führer der westlichen Demokratie sind in Chequers übereingekommen, in ständiger Zusammenarbeit der Verwirklichung dieser Grundsätze zuzustreben. An die Stelle des ausgesprochenen Mißtrauens, das zwischen Macdonald und Herriots Vorgänger Poincare bestand, ist ein gutes persönliches Vertrauensverhältnis getreten, dessen Auswirkung auf die Politik zweifellos nicht unbeträchtlich sein wird. Damit ist der erste Schritt zur Wiederherstellung der englisch-französischen Entente getan, die bekanntlich einer der Hauptpunkte im Regierungsprogramm des französischen Ministerpräsidenten ist.

Diese Annäherung der beiden Westmächte ist eine politische Tatsache von allergrößter Bedeutung. Wenn es Herriot gelingt, die starken nationalistischen Widerstände in Paris zu überwinden und diese Linie weiter folgerichtig einzuhalten, so wird damit eine neue Epoche in der europäischen Politik eingeleitet. Für Deutschland braucht sich daraus keineswegs eine Verschlechterung seiner politischen Lage zu ergeben. Denn die diplomatische Geschichte der letzten Jahre hat uns gezeigt daß wir leider nicht die Rolle des sich freuenden Dritten spielen können, wenn England und Frankreich sich streiten. Wir haben vielmehr zu unserem Leidwesen feststellen müssen, daß die englisch-französischen Auseinandersetzungen stets auf unserem Rücken ausgetragen worden sind. Je weiter England von Frankreich abrückte, umso mehr verschärfte dieses seinen Druck auf Deutschland und keine englischen Proteste haben Frankreich hindern können, seine Politik der Sanktionen und Gewalttaten zu verwirklichen. Erst als mit dem Arbeiterführer Macdonald ein neuer Geist in die englische Politik einzog, traten auch in Frankreich die ersten Ansätze zu einer Aenderung der bisherigen Politik hervor.

Nichts wäre allerdings verfehlter, als ein übertriebener Optimismus, der nun schon den Anbruch eines neuen goldenen Zeitalters für Deutschland ankündigen sollte. Nahe beieinander wohnen die Gedanken, aber es ist nun einmal so, daß die Dinge sich hart am Raume stoßen. Die Interessen der verschiedenen Nationen sind nun einmal vielfach entgegengesetzt und es wird auch bei allseitigem guten Willen langer mühevoller Arbeit bedürfen, um einen einigermaßen erträglichen Ausgleich herbeizuführen. Die Wahl Doumergues zum französischen Präsidenten und de Selves zum Senatspräsidenten hat gezeigt, daß Herriots Stellung nicht unangefochten ist und daß die nationalistischen Einflüsse in Paris immer noch stark sind. Und diese Einflüsse scheinen zum Teil auch auf den französischen Ministerpräsidenten eingewirkt zu haben und infolgedessen sind nicht alle Ergebnisse der Konferenz von Chequers für uns zufriedenstellend. Trotzdem dürfen wir den großen Fortschritt nicht verkennen, der darin liegt, daß Herriot im Gegensatz zu Poincare die Politik der wirtschaftlichen Pfänder ein für alle Mal und vorbehaltlos aufgeben will und daß er auch zur Räumung des Ruhrgebiets bereit ist, wenn das Sachverständigengutachten in Funktion tritt. Bedauerlich sind nur die Vorbehalte, die er mit Bezug auf die Rheinlandbahnen gemacht hat, und über die keine Einigkeit mit Macdonald erzielt werden konnte.

* * *

Das Ergebnis der Besprechung von Chequers.

Das offizielle Kommuniquee über die Begegnung in Chequers ist inzwischen bekannt geworden. Der letzte Satz, der den Entschluß der beiden Regierungen ankündigt „einen moralischen Vertrag beständiger Zusammenarbeit zu schließen“, ist von Herriot vorgeschlagen und von Macdonald sofort angenommen worden. Sauerwein, der mit Herriot und Macdonald gesprochen hat, gibt im „Matin“ folgende Darstellung: Er hält die Bedeutung der Abmachungen für sehr groß und glaubt daß bei Männern wie Macdonald und Herriot ein „ängstliches Mißtrauen“ keine Berechtigung habe, auch wenn noch nicht alle Schwierigkeiten überwunden seien. Da die Schilderung des „Matin“ am genauesten auf die Einzelheiten eingeht, sei nach diesem Bericht gesagt, was in Chequers beschlossen worden ist:

„1. Die beiden Premierminister sind darüber einig daß der Sachverständigenplan sofort zur Ausführung gebracht werden soll, „mit den Ergänzungen, an denen jetzt die Reparationskommission arbeitet“. Dazu muß gesagt werden, daß wahrscheinlich die Ergänzungen gemeint sind, welche die Organisationsausschüsse im Augenblick ausarbeiten. Aenderungen des Planes durch die Reparationskommission widersprechen den Gedanken der Sachverständigen. Die Informationen über die Vorbereitungen zur Ausführung des Berichts, die Macdonald und Herriot aus Berlin erhalten haben, sind optimistisch. Es wird nicht mehr befürchtet daß der Reichstag die notwendigen Gesetze ablehnen könnte.

2. Sobald die nach dem Sachverständigenplan geschaffenen Organisationen in Funktion treten, wird die wirtschaftliche Einheit des Reiches wiederhergestellt, und das französisch-belgische Ausbeutungssystem hört auf. Ueber diese beiden Punkte besteht Einigkeit. Anders verhält es sich mit dem dritten Punkt: der militärischen Räumung. Hier will Herriot eine Garantie. „Frankreich soll die Kontrolle gewisser strategischer Eisenbahnlinien erhalten, damit die französische Regierung im Notfall wieder Truppen nach Deutschland schaffen kann. Macdonald ist anderer Meinung. Er will für den Fall einer Vertragsverletzung Deutschlands treu zu Frankreich halten, aber er glaubt, daß eine Kontrolle auch nur eines Teiles der Eisenbahnlinie durch französisch-belgisches Regiepersonal unpraktisch ist. Die interalliierte Rheinlandkommission genüge zur Kontrolle. Dieser Punkt des gemeinsamen Programms wird erledigt werden, wenn

3. im Juli eine zweite Konferenz einberufen wird, diesmal mit Beteiligung der Belgier, Italiener und vielleicht auch der Vereinigten Staaten. Auch die Deutschen sollen an dieser Konferenz teilnehmen, allerdings nur zur Unterzeichnung des Schlußprotokolls. Diese Konferenz soll am 16. Juli in London beginnen, vorausgesetzt, daß die anderen Verbündeten mit diesem Datum einverstanden sind. Sie soll sich nur mit der Durchführung des Sachverständigenplanes beschäftigen, dagegen alle anderen Probleme, die Sicherheitsfrage, die Kriegsschulden der Alliierten, die Verteilung der Reparationssumme auf eine spätere Beratung vertagen, die wahrscheinlich in Paris stattfinden werde. Nur die militärische Ueberwachung der deutschen Rüstungen verträgt keinen Aufschub. Ueber diese Frage besteht Einigkeit.

4. Macdonald und Herriot sind beide der Meinung, daß die von der Botschafterkonferenz verlangte Bestandaufnahme der deutschen Wehrverhältnisse durch eine Ueberwachungskommission sofort erfolgen muß. In dieser Beziehung ist der englische Premierminister noch fester entschlossen als Herriot. Wenn die Antwort aus Berlin, die bis zum 30. Juni erfolgen muß, nicht befriedigt, wird die Erfüllung der von der Botschafterkonferenz gestellten Forderungen von allen Verbündeten gemeinsam energisch verlangt werden. Erst nach der Aufnahme des Inventars kann die Ueberwachung dem Völkerbund übertragen werden.

5. Ramsay Macdonald und Herriot werden, wie in dem Kommuniquee erwähnt ist, im September zusammen auf der Tagung des Völkerbundes in Genf erscheinen, um die Umwandlung der Ueberwachung in die Aufsicht des Völkerbundes einzuleiten und die weiteren Aufgaben des Bundes ausbauen zu helfen.“

Die deutsche Regierung zur Militärkontrolle.

Die „National-Zeitung“ teilt mit, daß nicht daran zu zweifeln sei, daß die deutsche Reichsregierung hinsichtlich der Militärkontrolle eine Antwort an die Entente erteilen werde, die die Grundlage für eine reibungslose Erledigung des Programms bilden könne. Die deutsche Regierung sei der Ueberzeugung, daß auch eine erneute Generalkontrolle ihrer sämtlichen militärischen Einrichtung zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnis führen müsse, da Deutschland nichts unterhalte, was mit den vertragsmäßigen Bestimmungen nicht in vollem Einklang steht. Schwierigkeiten würden nur darin erblickt, daß die Kontrollmaßnahmen bisher immer zu Zwischenfällen führten. Die Reichsregierung glaube aber auch in diesem Punkt der Entente die Sicherheit geben zu können, daß sie ihre Kontrollmaßnahme vollkommen unbehindert durchführen könne, vorausgesetzt, daß sie die tatsächlich letzte Kontrollmaßnahme sei und vertragsmäßig die Militärkontrolle dann an den Völkerbund übergeben werde.

Das gleiche Blatt teilt dann noch mit, daß nach den Eindrücken des sich zurzeit in Berlin aufhaltenden Botschafters v. Hoesch, von Deutschland in der Frage dieser Note eine Haltung eingenommen werden müsse die es dem neuen französischen Ministerpräsidenten als ausgeschlossen erscheinen lasse, daß der französischen Sicherheit von Deutschland irgendeine Gefahr drohen könnte.

Hoesch bei Stresemann.

Der deutsche Botschafter in Paris v. Hoesch ist aus Paris in Berlin eingetroffen und hat sofort dem Außenminister Dr. Stresemann eingehend Bericht über seine Eindrücke erstattet. Einzelheiten darüber werden an amtlicher Stelle begreiflicherweise nicht mitgeteilt, schon weil dies die Stellung unseres Botschafters in Paris erschweren könnte.

Ein Amerikaner über die Kriegsschuldfrage.

Beim Jahresschlußfest des berühmten amerikanischen Robertkollege in Konstantinopel hielt der Professor Earle von der Columbia-Universität eine wundervolle Rede, die auch politisch von Bedeutung war. In seinen Ausführungen, die darin gipfelten, daß das Ziel der Jugenderziehung Humanität sein müsse, kam er auch auf die Kriegsschuldfrage zu sprechen und sagte: „Bis in die allerletzte Zeit herrschte die Sitte, die ganze Schuld am Weltkriege auf die Mittelmächte zu werfen, die, wie man sagte, die Kriegsfurie auf das nicht vorbereitete und gutgläubige Europa losgelassen hätten. In dieser naiven Geschichtsauffassung der letzten fünf Jahre schloß man die Augen vor der Kriegsschuld fast aller großen Mächte, deren fehlerhafte Systeme des Nationalismus, des Imperialismus und des Militarismus den Frieden verneinten. Es ist ein Glück, daß die jüngsten Urteile über den Ursprung des Krieges die gemeinsamen Fehler der europäischen Zivilisation erkannt haben. Ein Krieg kann notwendig sein für die Erhaltung der nationalen Existenz, aber auf die Dauer werden stets die Nationen, die das Schwert ziehen, durch das Schwert zugrunde gehen. Die Vaterlandsliebe ist an sich eine schöne Empfindung, aber sie kann gefährlich werden, wenn sie die Menschenliebe erstickt. Der Weltkrieg hat nur zerstört. Ihr Jungen habt die Aufgabe, das Unglück wiedergutzumachen.“

SLUB Wir führen Wissen.